

Die Minamata-Erklärung

Minamata, ein Ort mit Hintergrund. Die im japanischen Archipel liegende Stadt gilt als Symbol für die verheerenden Auswirkungen unserer Industriegesellschaft: In den 50er Jahren wurden ihre Einwohner Opfer einer Quecksilbervergiftung, die durch die Firma Chisso Company verursacht worden war. Im August 1989 fand in Minamata das Treffen zur Ausarbeitung des PP21 (Volksplan für das 21. Jahrhundert) statt.

An dem sich über einen Monat hinweg erstreckenden Treffen nahmen teil: 120.000 Japaner, 280 Aktivisten und führende Vertreter von verschiedenen Basisorganisationen aus 33 Ländern. Ihr Ziel war, eine Alternative zu entwickeln zur bisherigen Welt, die von industriellen Katastrophen und vom Wachstumsglauben besessen war und ist. Diese Alternative nennen sie "People's Plan for the 21st Century".

Vorträge zu verschiedensten Themen wurden gehalten, z.B.:

- der internationale Austausch von Farmern,
- die Wahrung der historisch gewachsenen Strukturen,
- die Forderungen des Asiatischen Feminismus,
- ODA (official development assistance), Japanische Entwicklungshilfe,

In unzähligen Arbeitsgruppen wurde unter anderem diskutiert,

- auf welche Weise ein ostasienweites Austauschprogramm von Land- und Fabrikarbeitern sowie Studenten vorbereitet und durchgeführt werden könnte,
- wann und wo eine Konferenz zur Problematik der indigenen Völker stattfinden würde,
- wie ein Symposium über asiatische Arbeitsmigration auszusehen habe,
- welche Anforderungen ein spezielles Programm für alternative Arbeiterbewegungen stellt,
- wann und wo das sechste ACFOF (Asiatische Kulturelle Forum über Entwicklung) mit dem Thema Volksbewegung: "Hoffnungen, Verbindungen und Alternativen", stattfinden könne,

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Herausbildung von Möglichkeiten zur Vernetzung sowohl horizontal innerhalb verschiedener Arbeitsfelder als auch vertikal über verschiedene Themen hinweg.

Die Minamata-Erklärung

Ein wichtiges Ergebnis des Treffens bildete die sogenannte Minamata-

Erklärung mit Forderungen nach Mitsprache bei

- dem unkontrollierten Abholzen der Tropenwälder im gesamten Tropischen Raum
- der Beschlußfassung über die japanische Entwicklungshilfe,
- einer verbindlichen Übereinkunft zum GATT (Handels- und Tarifabkommen),
- der vollständigen Entmilitarisierung der Asien-Pazifik-Region,
- verstärkter Frauenarbeit in allen Bereichen,
- Aktionen betreffend der Situation der Ureinwohner Japans, der Ainu in Ainu-Moshiri,
- Landrechten für die indigenen Völker,
- der Aufklärung über die Gefahren der Industrie, insbesondere der Atomindustrie, und dem Transport von Atom Müll.

Beiträge zur Frauenfrage

Das Frauenforum war mit drei Redebeiträgen aus unterschiedlichen Herkunftsländern sowie zahlreichen Workshops vertreten. Insgesamt nahmen mehr als 500 Personen aus 16 Ländern teil! Das Abschlußseminar mit dem Titel: "Asian Women Speak Out" wurde von sogar 600 Interessierten mitgestaltet.

Während des Workshops "Migrant Women Workers and Human Rights" stellten die Teilnehmerinnen erstaunliche Ergebnisse vor: Seit den 80er Jahren ist die Zahl der weiblichen Arbeiterinnen enorm angestiegen. Ca. 70.000-80.000 Frauen wandern jährlich nach Japan ein. Hiervon kommen wiederum 70 % von den Philippinen. Damit bilden sie die unterste Ebene der japanischen Sexindustrie und werden zur Arbeit gezwungen. Als einer der wichtigsten Gründe für die Migration gilt die große wirtschaftliche Kluft zwischen Japan und Ländern wie den Philippinen, Thailand oder Südkorea. Gleichzeitig entwickelt sich seit den späten 60er Jahren in Japan eine starke Frauenbewegung. Derzeit gilt das Hauptinteresse der Situation im eigenen Lande im Gegensatz zu Lebensbedingungen der Frauen im Ausland.

Als Ausblick für einen künftigen asiatischen Feminismus gilt der Wunsch, einen Boden zu schaffen, auf dem sowohl Frauen aus der Dritten Welt als auch aus der Ersten Welt sicher stehen können.

Japanische Entwicklungshilfe

Die Diskussionen um die japanische Entwicklungshilfe verteilten sich auf Redebeiträge und Workshops, denen die eigentliche Vorstellung dieses Entwicklungshilfeprogrammes vorausging: In den Jahren 1986-1989 entschieden die zuständigen japanischen Ministerien (Außenministerium, Finanzministerium, Behörde für Wirtschaftsplanung und das Ministerium für internationalen Handel und Industrie) über durchschnittlich 5,1 Mio. US\$, die im Rahmen der Entwicklungshilfe an die Philippinen gingen.

Kritik wurde besonders an Großprojekten geübt, die oftmals nicht die eigentlich Bedürftigen erreichten. Hinzu kommt, daß die Schulden der Nehmerländer eher gestiegen als gesunken sind und große Eingriffe in den Lebensraum der Menschen bewirkt wurden. Soziale Elemente wie Kultur und Tradition werden nicht ausreichend oder gar nicht beachtet, dürfen gar bisher keinesfalls entscheidend für die Hilfestellung sein. Folgende Forderungen wurden laut:

Die Entwicklungshilfe muß auf die wirtschaftlich Ärmsten und die politisch und sozial eingeschränktesten Gebiete ausgerichtet sein. Weiterhin darf keine weitere Abhängigkeit bei den Nehmerländern bewirkt werden. Um eine effektive Durchführung zu sichern, dürfen fortan nicht ausschließlich die wenigen Behörden Japans diese vollziehen, sondern Gruppen aus verschiedenen Bereichen (z.B. NGOs) aus beiden Ländern müssen beteiligt werden. Nach einem durchgeführten Projekt muß nachvollziehbar sein, wer genau was geleistet hat, und unbedingt, an wen die Hilfe gegangen ist. Ebenso muß beschrieben werden, welche Veränderungen bewirkt, welcher Einfluß genommen wurde: Das Ergebnis muß zugänglich sein.

In der Abschlußrede des gesamten PP21-Kongresses wurden die großen Möglichkeiten, die das neue Jahrhundert bringen kann, formuliert. Ein Beitrag, es in die richtigen Bahnen zu leiten, war diese beschriebene Form von intensivster Zusammenarbeit, welche zur Verständigung beigetragen hat.

Imke Oltmann

(nach den Kongreßpapieren in AMPO Vol 21, Nos. 2-3)

Die Verfasserin studiert in Bielefeld Soziologie und Pädagogik und leistet z.Z. in der Südostasien-Informationsstelle ein Praktikum ab.